

# **Bericht über internationale Religionsfreiheit 2011: Liechtenstein**

Die Bundesverfassung sieht Religionsfreiheit vor; weitere Gesetze und Richtlinien tragen zu einer weitgehend freien Praktizierung des religiösen Glaubens bei.

In der Praxis stellt die Regierung die Achtung der Religionsfreiheit mehrheitlich sicher. Während des Berichtszeitraums hat sich dieser Status nicht geändert.

Es gab vereinzelte Berichte über gesellschaftliche Schmähungen und Diskriminierung aufgrund religiöser Zugehörigkeit, religiösen Glaubens oder Praktiken; die Regierung hat jedoch positive Schritte zur Förderung der Religionsfreiheit unternommen.

Im Rahmen ihrer Politik zur Förderung der Menschenrechte steht die US-Regierung mit der Regierung in einem Dialog über die Religionsfreiheit.

## **Abschnitt I. Religionszugehörigkeit der Bevölkerung**

Das Land hat eine Fläche von 160 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 36 000 Einwohnern. Die Volkszählung des Jahres 2000 stellt die Mitgliedschaft der verschiedenen Konfessionen wie folgt fest: 78,4% römisch-katholisch; 8,3% protestantisch; 4,5% muslimisch; 1,1% christlich-orthodox; 0,1% jüdisch; 0,4% andere religiöse Gruppen; 2,8% ohne formelles Glaubensbekenntnis; 4,1% gaben bei der Volkszählung keine religiöse Zugehörigkeit an.

Die muslimische Gemeinde verzeichnete in den vergangenen beiden Jahrzehnten aufgrund eines Zustroms von Einwanderern, vor allem aus der Türkei, Serbien und Bosnien-Herzegowina, ein Wachstum. Viele dieser Einwanderer siedelten aus anderen westeuropäischen Ländern um. Nach der offiziellen Statistik der Volkszählung stieg die muslimische Bevölkerung von 689 im Jahre 1990 auf 1593 im Jahre 2000.

Eine von der Regierung in Auftrag gegebene Umfrage bei 600 Mitbürgern, welche im April 2008 veröffentlicht wurde, stellte fest, dass 40% der Bevölkerung

mindestens einmal im Monat an einem formellen Gottesdienst teilnehmen. Am aktivsten waren Muslime, von denen 44% mindestens einmal in der Woche einen Gottesdienst besuchten, im Vergleich zu 23% der Katholiken und 24% anderer christlicher Gruppen.

## **Abschnitt II. Status der Achtung von Religionsfreiheit durch die Regierung**

### *Rechtliche / Politische Rahmenbedingungen*

Die Verfassung und das nationale Strafrecht verbieten jegliche Form von Diskriminierung oder Herabsetzung einer Religion oder deren Anhänger. Laut Bundesverfassung ist die katholische Kirche die Landeskirche und genießt als solche den vollen Schutz des Staates. Die Bundesverfassung sieht Religionsfreiheit vor und weitere Gesetze und Richtlinien tragen zu der im Grossen und Ganzen freien Praktizierung der Religion bei.

Die religiösen Institutionen werden von den Gemeindeverwaltungen und aus dem öffentlichen Haushalt gemäss Landtagsbeschluss finanziert; es handelt sich nicht um einen direkten „Zehnt“, der von den Bürgern gezahlt wird. Der Staat stellt nicht nur der katholischen Kirche, sondern auch anderen Konfessionen Mittel zur Verfügung. Die katholische Kirche und die protestantische Kirche erhalten regelmässige jährliche Zuwendungen vom Staat im Verhältnis zu der in der Volkszählung im Jahr 2000 festgestellten Mitgliedschaft. Kleinere religiöse Gruppen konnten nicht-rückzahlbare Finanzhilfen für ausländische Vereine oder spezielle Vorhaben beantragen. Die muslimische Gemeinde ist durch zwei führende Vereine vertreten, nämlich die Islamische Gemeinschaft und den Türkischen Verein, die in Zusammenarbeit mit den Behörden, im Frühjahr 2010, einen Entwurf zur Gründung einer Dachorganisation erarbeitet haben. Diese Dachorganisation soll staatliche Mittel erhalten, die in gerechter Weise für alle muslimischen Bürger des Landes verwendet werden sollen. Alle religiösen Gruppen geniessen Steuerbefreiung.

Um ein Visum für Seelsorger oder Seelsorgerin zu erhalten, müssen die Antragsteller nachweisen, dass die Gastorganisation in Liechtenstein für das gesamte Land von Bedeutung ist. Antragsteller müssen abgeschlossene theologische Studien nachweisen und von einer anerkannten Religionsgruppe

akkreditiert sein. Visumsanträge für Seelsorger und Seelsorgerinnen wurden in der Regel gewährt und in der gleichen Weise bearbeitet wie Anträge von anderen Personen.

Die Regierung gewährt der muslimischen Gemeinde eine Aufenthaltserlaubnis für einen Imam sowie eine kurzzeitige Aufenthaltserlaubnis für einen weiteren Imam während des Ramadans. Die Regierung gewährt regelmässig Visa an Imame des Türkischen Vereins und der muslimischen Gemeinde, die versichern, dass sie keine Predigten zulassen werden, in denen Gewalt geschürt oder Intoleranz befürwortet wird.

Der Religionsunterricht ist an öffentlichen Schulen Teil des Lehrplans. Katholischer oder protestantischer Religionsunterricht ist Pflicht an allen Primarschulen; die Behörden erteilen jedoch regelmässig auf Antrag der Eltern Ausnahmegenehmigungen. Der Lehrplan für den katholischen Religionsunterricht wird von der römisch-katholischen Kirche bestimmt; zusätzlich haben die Gemeindeverwaltungen eine begrenzte Kontrollfunktion. Eine Ausnahme sind die Gemeinden Balzers, Triesen und Planken, in welchen die Behörden eine stärkere Aufsicht ausüben.

In der Sekundarschule können Eltern und Schüler zwischen dem von ihrer Religionsgemeinde organisierten traditionellen konfessionellen Religionsunterricht und dem nicht-konfessionellen Fach „Religion und Kultur“ wählen. Seit dieses Fach erstmalig in 2003 angeboten wurde, haben 90% der katholischen Schüler den nicht-konfessionellen Unterricht gewählt. Vertreter der protestantischen Kirchengemeinde beschwerten sich, dass das Fach „Religion und Kultur“ den Unterricht in der protestantischen Doktrin praktisch eliminiert, da es der Minderheitsgemeinde so gut wie unmöglich ist, die erforderliche Mindestzahl von vier Schülern zu erreichen, um konfessionellen Religionsunterricht als Teil des regulären Lehrplans abzuhalten. Als Alternative boten die protestantischen Kirchen mit finanzieller Unterstützung durch den Staat Religionsunterricht in der Kirche ausserhalb der normalen Schulstunden an.

Im Schuljahr 2007/08 bot die Regierung in fünf Gemeinden erstmalig islamischen Unterricht an öffentlichen Primarschulen an. Ca. 70 Schüler wählten das Fach.

Bedingung der Regierung war, dass die Lehrer eine pädagogische und fachliche Ausbildung haben und dass der Unterricht in deutscher Sprache abgehalten wird. Das Institut für interreligiöse Pädagogik und Didaktik in Köln entwickelte den Lehrplan, und das Schulamt hatte die Aufsicht über den Unterricht. Zuvor hatten muslimische Eltern nur die Möglichkeit, ihre Kinder zum Religionsunterricht in eine Moschee zu schicken. Es wurde davon ausgegangen, dass dieses Pilotprojekt fortgesetzt werden würde, und die Behörden planten das Programm nach einer Auswertung in den regulären Lehrplan aufzunehmen.

Seit 2004 unterhält die Regierung eine Arbeitsgruppe für bessere Integration der Muslime in die Gesellschaft. Die Arbeitsgruppe besteht aus Beauftragten und Beamten, die mit Fragen des Islam befasst sind. Zu den Zielen der Arbeitsgruppe gehört es, gegenseitigen Vorurteilen entgegen zu wirken und auf der Grundlage von Dialog und gegenseitigem Verständnis, Respek und Toleranz zu fördern.

Der Staat feiert die folgenden kirchlichen Feiertage als offizielle Feiertage: die Heiligen Drei Könige, Mariä Lichtmess, Karfreitag, Ostern, Ostermontag, Auffahrt, Pfingsten, Pfingstmontag, Mariä Geburt, Allerheiligen, Mariä Empfängnis, Heiligabend, Weihnachten und den Stephanstag. Mariä Himmelfahrt (15. August) wird als Nationalfeiertag gefeiert. Der Sonntag ist ein offizieller Feiertag; die Geschäfte bleiben am Sonntag geschlossen und Sonntagsarbeit ist normalerweise nicht erlaubt.

### *Einschränkungen der Religionsfreiheit*

In der Praxis achtete die Regierung die Religionsfreiheit. Während des Berichtszeitraums hat sich dieser Status nicht geändert.

Es gab keine Berichte über staatliche Zwangsmassnahmen noch gabe es religiöse Gefangene oder Häftlinge in Liechtenstein.

### **Abschnitt III. Status der gesellschaftlichen Achtung von Religionsfreiheit**

Es gab vereinzelte Berichte über gesellschaftliche Schmähung und Diskriminierung aufgrund religiöser Zugehörigkeit, Glauben oder Praktiken. Katholiken, Protestanten und Mitglieder anderer Religionsgruppen arbeiteten

jedoch auf ökumenischer Basis gut zusammen. Streitigkeiten unter Religionsgruppen gaben keinen Anlass zu grösseren gesellschaftlichen Spannungen.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit der Landesverwaltung trägt die Verantwortung, Beschwerden über religiöse Diskriminierung zu bearbeiten. Während des Berichtszeitraums gingen bei der Stelle keine entsprechenden Beschwerden ein.

In ihrem dritten Landesbericht, der im April 2008 veröffentlicht wurde, bestätigte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) den Erhalt von Berichten über Vorfälle von verbalen und tätlichen Attacken gegen Muslime; insbesondere ging es um Frauen, die Kopftücher trugen. ECRI drückte weiterhin Besorgnis aus über Vorfälle angeblicher Rassendiskriminierung bezüglich des Zugangs zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, vor allem gegen Muslime aus der Türkei und den Balkanstaaten. Der Bericht enthielt weiterhin Beschwerden muslimischer Gemeindeführer, dass es keine angemessene Moschee und muslimischen Friedhof gäbe, sowie über die Schwierigkeiten, angemessene Räumlichkeiten für ihre kulturellen Aktivitäten zu finden. Die Regierung teilte mit, dass sich ihre Arbeitsgruppe für islamische Integration aktiv mit dem Problem eines Friedhofs beschäftigt habe, dieser Punkt jedoch von den muslimischen Führern nicht konstant als Priorität erachtet worden.

Am 12. Mai eröffnete der Verein der Liechtensteiner Freunde von Yad Vashem in Zusammenarbeit mit dem jüdischen Museum in Hohenems/Österreich und der Kulturstiftung Liechtenstein eine Sonderausstellung über die Geschichte der Juden in Liechtenstein, die bis zum 6. Februar 2011 laufen soll.

Am 27. Januar, dem internationalen Holocaust Erinnerungstag, hielt die Regierung eine besondere Gedenkstunde ab, um den Opfern des Holocaust zu gedenken. Die Regierung rief die Bevölkerung auf, diesem historischen Tag zu gedenken und machte den Erinnerungstag zum Teil ihrer Bemühungen im Kampf gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung. Seit 2003 finden an Sekundarschulen am Erinnerungstag Diskussionsforen über den Holocaust statt.

Eine von der Regierung in Auftrag gegebene Studie über religiöse Gesinnung und Praktiken, die im April 2008 veröffentlicht wurde, führte eine Umfrage unter 600 Bürgern durch und stellte fest, dass die Einstellung gegenüber Religionsgruppen überwiegend von Toleranz geprägt ist. Ca. 30% der Befragten hatten allerdings eine negative Einstellung gegenüber Muslimen, und ca. 17% äusserten sich kritisch gegenüber Juden.

Es gab keine Berichte über antisemitische Handlungen gegen Personen oder Eigentum. Die jüdische Gemeinde ist zu klein für eine Organisationsstruktur.

#### **Abschnitt IV. Politik der US-Regierung**

Im Rahmen ihrer Politik zur Förderung der Menschenrechte steht die US-Regierung mit der Regierung in einem Dialog über die Religionsfreiheit. Die Botschaft und das Auswärtige Amt führen in Vorbereitung des vorliegenden Berichts jährlich Gespräche über Probleme im Zusammenhang mit Religionsfreiheit.